Satzung Stand 17.06.2010	Satzung Stand 15.12.2022
<p style="text-align: center;">Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Tuningen (Feuerwehrkostenersatzsatzung)</p> <p>Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und § 36 des Feuerwehr-gesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 17. Juni 2010 folgende Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Feuerwehr der Gemeinde Tuningen (Feuerwehrkostenersatzsatzung – FwKS) beschlossen:</p>	<p style="text-align: center;">Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Tuningen (Feuerwehrkostenersatzsatzung - FwKS)</p> <p>Aufgrund von § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit § 34 Absatz 4 des Feuerwehrgesetzes (FwG) in der jeweils gültigen Fassung hat der Gemeinderat folgende Satzung beschlossen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Diese Satzung regelt die Kostenersatzpflicht für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Tuningen (im Folgenden Feuerwehr genannt).</p> <p>(2) Ersatzansprüche nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Aufgaben der Feuerwehr</p> <p>(1) Die Feuerwehr hat</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten und den Einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen und 2. zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohlichen Lagen technische Hilfe zu leisten. <p>Ein öffentlicher Notstand ist ein durch ein Naturereignis, einen Unglücksfall oder dergleichen verursachtes Ereignis, das zu einer gegenwärtigen oder unmittelbar bevorstehenden Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen und Tieren oder für andere wesentliche Rechtsgüter führt, von dem die Allgemeinheit, also eine unbestimmte und nicht bestimmbare Anzahl von Personen, unmittelbar betroffen ist und bei dem der Eintritt der Gefahr oder des Schadens nur durch außergewöhnliche</p>

Sofortmaßnahmen beseitigt oder verhindert werden kann.

(2) Die Feuerwehr kann ferner durch die Gemeinde beauftragt werden

1. mit der Abwehr von Gefahren bei anderen Notlagen für Menschen, Tiere und Schiffe und

2. mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere der Brandschutzaufklärung und -erziehung sowie der Brandsicherheitswache.

§ 3

Kostenersatzpflicht

(1) Einsätze der Feuerwehr nach § 2 Absatz 1 sind unentgeltlich, soweit nicht in Satz 2 etwas anderes bestimmt ist. Kostenersatz wird verlangt:

1. vom Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat,

2. vom Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen, Anhängfahrzeugen, Schienen-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeugen verursacht wurde,

3. vom Betriebsinhaber für Kosten der Sonderlösch- und -einsatzmittel, die bei einem Brand in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb anfallen,

4. vom Betreiber, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Umgang mit Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen für gewerbliche oder militärische Zwecke entstand,

5. von der Person, die ohne Vorliegen eines Schadensereignisses die Feuerwehr vorsätzlich oder infolge grob fahrlässiger Unkenntnis der Tatsachen alarmiert hat,

6. vom Betreiber, wenn der Einsatz durch einen Alarm einer Brandmeldeanlage oder einer anderen technischen Anlage zur Erkennung von Bränden oder zur Warnung bei Bränden mit automatischer Übertragung des Alarms an eine ständig besetzte Stelle ausgelöst wurde, ohne dass ein Schadenfeuer vorlag,

7. vom Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch einen Notruf ausgelöst wurde, der über ein in einem Kraftfahrzeug installiertes System zum Absetzen eines automatischen Notrufs oder zur automatischen Übertragung einer Notfallmeldung an eine ständig besetzte Stelle eingegangen ist, ohne dass ein Schadensereignis im Sinne von § 2 Absatz 1 FwG vorlag.

In den Fällen der Nummern 1 und 5 gelten § 6 Absätze 2 und 3 des Polizeigesetzes des Landes Baden-Württemberg (PolG) entsprechend.

(2) Für Einsätze nach § 2 Absatz 2 wird Kostenersatz verlangt. Kostenersatzpflichtig ist

1. derjenige, dessen Verhalten die Leistung erforderlich gemacht hat; § 6 Absätze 2 und 3 des PolG gelten entsprechend,

2. der Eigentümer der Sache, deren Zustand die Leistung erforderlich gemacht hat, oder derjenige, der die tatsächliche Gewalt über eine solche Sache ausübt,

3. derjenige, in dessen Interesse die Leistung erbracht wurde,

4. abweichend von den Nummern 1 bis 3 der Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch den Betrieb vom Kraftfahrzeugen, Anhängfahrzeugen, Schienen-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeugen verursacht wurde.

(3) Ersatz der Kosten soll nicht verlangt werden, soweit dies eine unbillige Härte wäre oder im öffentlichen Interesse liegt.

§ 4 Überlandhilfe

(1) Die Kosten der Überlandhilfe hat der Träger der Feuerwehr zu tragen, dem Hilfe geleistet worden ist. § 34 Absätze 4 bis 8 FwG i.V.m. § 5 gelten entsprechend.

(2) Bei Überlandhilfe im Sinne von § 26 FwG gilt der „Öffentlich-rechtliche Vertrag zur Regelung der Kosten der Überlandhilfe für die Städte und Gemeinden des Schwarzwald-Baar-Kreises“ in seiner zum Einsatzzeitpunkt gültigen Fassung.

§ 5
Höhe des Kostenersatzes

(1) Der Kostenersatz wird in Stundensätzen für Einsatzkräfte und Feuerwehrfahrzeuge nach Maßgabe des § 34 Absätze 4 bis 8 FwG erhoben. Die Höhe der Kostenersätze ergibt sich aus dem in der Anlage zu dieser Satzung beigefügten Verzeichnis.

(2) Für die Erhebung der Kosten für Einsatzkräfte werden Durchschnittssätze festgelegt.

(3) Für die normierten und mit diesen vergleichbaren Feuerwehrfahrzeugen gelten gemäß § 34 Absatz 8 FwG die pauschalen Stundensätze der Verordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Kostenersatz für Einsätze der Feuerwehr (VOKeFw) in der jeweils geltenden Fassung. Für die übrigen Fahrzeuge ergeben sich die Kostenersätze aus dem in der Anlage zu dieser Satzung beigefügten Verzeichnis.

(4) Die Einsatzdauer beginnt

1. bei den Kosten für Einsatzkräfte mit der Alarmierung (Beginn des Einsatzes) und endet nach Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich der notwendigen Aufräumungs- und Reinigungszeiten.

2. bei Fahrzeugen mit der Abfahrt aus dem Feuerwehrgerätehaus und endet nach der Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich Reinigungs-, Prüfungs-, Reparatur- und sonstiger Zeiten, die sich daraus ergeben, dass Feuerwehrfahrzeuge wieder einsatzfähig gemacht werden.

(5) Die Stundensätze werden halbstundenweise abgerechnet. Angefangene Stunden werden bis zu 30 Minuten auf halbe Stunden, darüber hinaus auf volle Stunden aufgerundet.

(6) Daneben kann Ersatz verlangt werden für

1. von der Gemeinde für den Einsatz von Hilfe leistenden Gemeinde- und Werkfeuerwehren oder anderen Hilfe leistenden Einrichtungen und Organisationen erstattete Kosten,

2. die Kosten der Sonderlösch- und Einsatzmittel nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nr.3,

3. sonstige durch den Einsatz verursachte notwendige Kosten und Auslagen. Hierzu gehören insbesondere die durch die Hilfeleistung herangezogener und nicht durch Nr. 1 erfasster Dritter, die Verwendung besonderer Lösch- und Einsatzmittel und die Reparatur oder den Ersatz besonderer Ausrüstungen entstandenen Kosten und Auslagen.

§ 6 Umsatzsteuer

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 7 Entstehen, Festsetzung und Fälligkeit der Kostenschuld

(1) Die Verpflichtung zum Kostenersatz entsteht mit Beendigung der Inanspruchnahme der Feuerwehr.

(2) Der Kostenersatz wird durch Verwaltungsakt festgesetzt.

(3) Der Kostenersatz wird zu dem im Kostenbescheid genannten Zeitpunkt fällig.

§ 8 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehrkostenersatzsatzung vom 17.06.2010 außer Kraft.

<p style="text-align: center;">§ 1</p> <p>Für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Tuningen werden erhoben:</p> <p>1. Personal pro Person und Stunde 43,00 €</p> <p>-Verkehrslenkungseinsätze für örtliche Vereine sind im Einzelfall zu regeln.</p> <p>bei Einsätzen im Umgang mit Chemikalien und anderen gefährlichen Stoffen ein Zuschlag von 10 v.H.</p> <p>2. Fahrzeuge</p>	<p style="text-align: center;">Hinweis</p> <p>Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach §4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzungen begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.</p> <p>Tuningingen, den 15.12.2022</p> <p>Ralf Pahlow, Bürgermeister</p> <p>Anlage zu § 5 Absatz 1 der Feuerwehrkostenersatzsatzung</p> <p>Kostenersatzverzeichnis</p> <p>1. Personalkosten</p> <p>a) Feuerwehrangehörige (pro Person, je Stunde) 21,95 €</p> <p>2. Fahrzeuge</p> <p>Für die genormten Fahrzeuge gelten die Pauschalsätze der Verordnung des Innenministeriums über den Kostenersatz für Einsätze der Feuerwehr (VOKeFw) vom 18.03.2016 (GBl. S. 253). Diese lauten wie folgt:</p>
---	---

Fahrzeugart je Einsatzstunde

VRW 51,00 €
LF 16/12 82,00 €
SW 1000 35,00 €
RW 1 36,00 €
LF 8 / 6 46,00 €

3. Geräte je Einsatzstunde

TS 8 20,00 €
Tauchpumpe 8,00 €
Flüssigkeitssauger 8,00 €
Stromaggregat 12,00 €
Atemschutzgeräte 12,00 €
Schutzkleidung 15,00 €
Motorsägen 12,00 €
Trenngeräte 12,00 €
Spreizer 15,00 €
Rettungsschere 15,00 €
Rettungszylinder 15,00 €
Hebekissen 12,00 €
Greifzug 5,00 €
Rollgliss 12,00 €
Ölsperre 12,00 €
Wärmebildkamera 100,00 €

je Einsatztag

Druckschläuche B und C pro m 0,50 €
Saugschläuche pro m 0,50 €
Spür- und Messgeräte 15,00 €

4. Verbrauchsmaterial

Verbrauchtes Wasser wird nach der jeweils gültigen Satzung berechnet. Schaummittel, Löschpulver, Ölbinder u.ä. werden zum Selbstkostenpreis zuzüglich 20 % Verwaltungskosten sowie Entsorgungskosten berechnet.

5. Feuersicherheitsdienst

Für Brandwachen in den gemeindeeigenen Sport- und Mehrzweckhallen pro Person und angefangene Stunde 15,00 €

- Gerätewagen Logistik GW-L2 54 €
- Mannschaftstransportwagen MTW bis 3.500 kg zulässiger Gesamtmasse 20 €
- Vorausrüstwagen VRW 51 €
- Schlauchwagen (SW) Unimog 25 €
- Löschgruppenfahrzeug (LF) 16/12 170 €
- Löschgruppenfahrzeug (LF) 8/6 120 €

Die oben genannten Sätze wurden durch Feuerwehrfahrzeuge, die mit den in der VOKeFw genannten und in ihrem taktischen Einsatzwert, ihrer zulässigen Gesamtmasse und ihrer technischen Beladung vergleichbar sind, gebildet. Die Gemeinde Tuningen besitzt einen Schlauchwagen, welcher vergleichbar ist mit einem Gerätewagen Transport GW-T mit einer zulässigen Gesamtmasse von über 3.500 kg bis 9.000 kg. Zudem besitzt die Gemeinde Tuningen ein Löschgruppenfahrzeug LF 16/12, welches mit dem Löschgruppenfahrzeug LF 20 vergleichbar ist und ein Löschgruppenfahrzeug LF 8/6, welches mit dem Löschgruppenfahrzeug LF10 vergleichbar ist.

3. Sonstiges

Verbrauchsmaterialien und sonstige benötigte Materialien werden zusätzlich zu den entstandenen Kostenersatzes gemäß § 34 Absatz 4 Satz 3 FwG festgesetzt. Hierbei werden die tatsächlichen Kosten angesetzt. Es wird auf § 5 Absatz 6 und § 6 der Satzung verwiesen.

6. Fehlalarme

Fehlalarme werden nach Ziffer 1 - 3, mindestens jedoch mit 450,00 € berechnet.

7. Unbefugter Alarm

Fahrzeug-, Geräte- und Personalkosten nach Ziffer 1 – 3

§ 2 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt nach der Veröffentlichung in Kraft.
2. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Feuerwehrkostenersatzsatzung vom 29. November 2001 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Tuningen, den 17.06.2010

Roth, Bürgermeister